

Die Zukunft der Pflegeversicherung in Deutschland

53. Fachgespräch des Vereins zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Berlin e.V.

Am Dienstag den 5.9.2022 fand in der Ideal Lebensversicherung a.G., Berlin das 53. Fachgespräch des Vereins zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Berlin zum Thema „Die Zukunft der Pflegeversicherung in Deutschland“ statt. Die Veranstaltung wurde von *Prof. Dr. Karl Michael Ortmann* von der Berliner Hochschule für Technik/ BHT moderiert. Das Podium war hochkarätig besetzt mit *Daniel Bahr*, früher Bundesgesundheitsminister und heute Mitglied des Vorstands der Allianz Private Krankenversicherungs-AG. Der Abteilungsleiter für Gesundheit im Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) *Oliver Blatt* stellte die Perspektive der Ersatzkassen vor. *Angelika Nitsche*, Leiterin Dezentraler Vertrieb der Halleschen Krankenversicherung a.G., präsentierte die Perspektive des Vertriebs und *Nico Stroech*, Geschäftsführer der Tessinum GmbH, berichtete aus der Praxis der Pflegeeinrichtungen.

Die hervorragend besuchte Veranstaltung – alle Plätze im großen Konferenzsaal der IDEAL waren besetzt – wurde von der Vorständin der Ideal, Frau *Mündörfer* eröffnet. Sie wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die IDEAL als mittelständisches Unternehmen im Bereich der privaten Pflegerentenversicherung Marktführerin ist. Sie wies aber auch darauf hin, dass eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit einer ergänzenden Pflegerentenversicherung bei weitem nicht erreicht ist.

Die Vorträge begannen mit *Daniel Bahr*, der im Kern auf den unterschätzten Bedarf im Bereich der Pflege verwies. Hintergrund ist die zunehmende Überalterung der Gesellschaft verbunden mit einer steigenden Lebenserwartung. Das heißt sehr viel weniger junge Menschen müssen sehr viel mehr ältere Menschen im Alter und insbesondere im Fall der Pflege versorgen. 50% aller Männer und 75% aller Frauen werden zu Pflegefällen. Die durchschnittliche Pflegedauer bei Männern beträgt etwa 7 Jahre, bei Frauen etwa 6 Jahre. Bis zum Jahr 2050 wird sich die

Zahl der Pflegefälle um ca. 47% erhöhen. Eine große Rolle spielt die Demenzerkrankung. Schon heute leben ca. 1,7 Millionen Menschen in Deutschland mit dieser Krankheit, 330 000 Neuerkrankungen kommen jährlich hinzu. Für 2050 werden 3 Millionen Erkrankte erwartet.

Sehr wichtig ist, dass die gesetzliche Absicherung nur einen **Teil** der zukünftigen Pflegekosten deckt. So betragen die durchschnittlichen Kosten in der Pflegestufe 5, ca. 4000 Euro. Davon übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung etwa die Hälfte, das heißt ca. 2000 Euro sind nicht abgedeckt, müssen also entweder von den zu Pflegenden oder ihren Angehörigen aufgebracht werden. Pflegeversicherungsanbieter mit der Pflegerentenversicherung oder der Pfl egetagegeldversicherung müssen stärker in das Bewusstsein der Menschen treten. Das Problem hierbei sei, das bei den allermeisten Menschen eine Barriere im Kopf bestehe, die dazu führe, dass Problem des Pflegefalls im Alter auszublenden, weil es psychisch belastend sei.

Oliver Blatt vom Verband der Ersatzkassen (vdek) präsentierte die Perspektive der Sozialpflegeversicherung. Versichert seien 73,5 Millionen Menschen – davon würden 4,6 Millionen Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen. Der Beitragssatz in diesem Umlageverfahren betrage maximal 4% und minimal 2,4% jeweils abhängig vom Alter des Versicherten und der Anzahl der Kinder.

Etwa 50 Milliarden Euro würden jährlich ausgezahlt, davon für die ambulante Pflege ca. 35,5 Milliarden Euro und für die stationäre Pflege ca. 15 Milliarden Euro. Die Eigenanteile eines Pflegebedürftigen in der stationären Pflege schwanken je nach Aufenthaltsdauer und Bundesgebiet. Die Höchstbeträge liegen bei ca. 1200 Euro (bis 12 Monate). Ab 36 Monaten sinkt der Eigenanteil auf 330 Euro. Problematisch sei, dass 180 000 Pflegekräfte fehlten, das heißt die Pflegeberufe müssten attraktiver gestaltet werden. Da die Pflegebedürftigkeit stark von der sozialen Stellung abhänge, sei es zudem wichtig, die sozialen Verhältnisse für Menschen mit Armutsbedrohung zu verbessern. Es müssten gesunde Lebenswelten geschaffen werden.

Die Digitalisierung bringe Chancen für den Pflegeberich – allerdings dürfe die Mensch-zu-Mensch-Beziehung nicht zu kurz kommen.

Frau *Angelika Nitsche* lenkte den Blick auf den Vertrieb. Zur Verfügung stünden Pflegerenten, das Pfl egetagegeld, eine Pflegekostenversicherung, eine staatlich geförderte Pflegezusatzversicherung (Pflege-Bahr) und eine betriebliche Pflegeabsicherung.

Von den 83 Millionen Menschen in Deutschland seien ca. 4,8 Millionen privat zusatzversichert, das seien gerade einmal 5,5%. Der allergrößte Teil der möglicherweise in Zukunft Betroffenen seien nicht privat abgesichert. Es bestehe das Risiko einer massiv größer werdenden Pflegelücke und damit verbundener Altersarmut.

Die Vermittler berichten, dass das Thema Pflegeergänzung bei Kunden negativ belegt sei. Kein Kunde wolle sich vorstellen an einen Rollstuhl oder ein Pflegebett gefesselt zu sein. Es fehle letztlich das Bewusstsein, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung nicht hinreichend sein werden.

Es fehle der Schlüssel zum Kopf der Kunden. Ein Baustein, der das Problem zwar nicht lösen, aber deutlich abmildern könnte, läge in der **betrieblichen Pflegeabsicherung**. Damit würden ganze Kollektive eingezogen werden und die Kosten würden zwischen den Arbeitnehmern*innen und den Arbeitgebern*innen aufgeteilt werden.

Nico Stroech lenkte den Blick auf die praktischen Probleme einer Pflegeeinrichtung. Letztlich, so sein Fazit, sei **die Decke zu kurz**. Die Zahl der Pflegebedürftigen sei zu groß; die Zahl der Pflegekräfte zu klein.

Als Lösung schlug *Nico Stroech* zunächst einmal eine Verknappung des Pflegeangebotes bei den institutionellen Sektoren vor. Auf diese Weise würde die Pflege durch Angehörige sichergestellt.

Bei der vollstationären Versorgung müsste die Auslastung auf 70% bis maximal 75% reduziert werden. Zugleich müssten viele Gebäude saniert werden – das ginge nur durch Investitionsförderung.

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum ging es im Kern um die zwei Grundprobleme der Pflege, nämlich um die Finanzierung auf der einen Seite und um die Beschaffung von Pflegekräften auf der anderen Seite. Mit Blick auf die Finanzierung wurde von *Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski*, Humboldt-Universität zu Berlin die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll sein könnte, die Pflegeversicherung generell **ab Geburt** beginnen zu lassen. Dann wären die einzuzahlenden Beiträge gering und das eingesammelte Kapital könnte langfristig sehr zinsgünstig am Kapitalmarkt angelegt werden – das heißt, der Ansparprozess würde maßgeblich durch den *Zinseszinsseffekt* optimiert werden. *Daniel Bahr* erwiderte, dass man über dieses Modell während seiner Zeit als Bundesgesundheitsminister nachgedacht

habe. Er selbst hätte ein solches Modell für „klug“ empfunden. Er habe sich aber aus vielen Gründen nicht durchsetzen können, also keine Mehrheit gefunden. Die Frage, ob private Krankenversicherer die Deckung ab Geburt nicht verstärkt anbieten sollten, wurde nicht mehr diskutiert, könnte aber zumindest ein Teil der Zukunftslösung sein. *Schwintowski* fragte weiter, warum es nicht möglich sei, die Leistungen aus der Pflegeversicherung an einem Wohnsitz im außereuropäischen Ausland (zum Beispiel Malaysia oder Thailand) zu beziehen, da dort die Kosten für die Pflege sehr viel geringer seien und die Menschen ihren Anspruch auf die Pflegeleistung in ihrer Lebensarbeitszeit erworben hätten. *Oliver Blatt* bestätigte, dass die Pflegeleistungen im außereuropäischen Ausland regelmäßig nicht gezahlt würden, meinte aber, dass man damit das Problem letztlich nicht wirklich lösen könne; der Anteil an Menschen die ihren Altersruhesitz in einem völlig fremden Land verbringen wollen (oft fernab von den Angehörigen) sei zu klein.

An Frau *Nitsche* wandte sich *Schwintowski* mit der Frage, ob der Gedanke der betrieblichen Pflegeversicherung bei ihr mit einer Reform des Betriebsrentengesetzes verbunden sei, ob also die betriebliche Altersversorgung, die bisher die Rentenversicherung und Berufsunfähigkeit umfasse sich auf die Pflege erstrecken solle. Frau *Nitsche* deutete an, dass dies ein interessanter und zu empfehlender Weg sein könnte – allerdings gäbe es bisher keinerlei Hinweise darauf, dass sich der Gesetzgeber in diese Richtung bewege. Der weitere Hinweis darauf, dass der Vertrieb doch nach § 1 a VVG verpflichtet sei im *bestmöglichen Interesse* dem Kunden zu beraten, griff sie auf und wies darauf hin, dass der Vertrieb sehr wohl versuche die Pflegeleistungen zu umwerben, dass es nur sehr schwierig sei zu den Kunden durchzudringen, weil die Pflege negativ besetzt sei und weil häufig auch das Geld nicht reiche, um eine Zusatzversicherung zu schließen.

Aus dem Publikum wurde insbesondere von der Maklerschaft dieses Argument unterstrichen. Man bemühe sich das Konzept der Pflegeversicherung dem Kunden deutlich zu machen, aber sehr häufig reichten die Mittel nicht, um auch noch eine Pflegezusatzversicherung abzuschließen. Die Frage, an welcher Rangstelle die Pflegezusatzversicherung im Vertrieb angesiedelt ist wurde nicht mehr diskutiert, könnte aber für die Frage, wann im bestmöglichen Interesse eines Kunden beraten wird nicht ganz unwichtig sein. Hier könnte die DIN 77230 eine Rolle spielen.

Im Zusammenhang mit der Umlagefinanzierung der gesetzlichen (sozialen) Pflegeversicherung wurde aus dem Publikum die Frage gestellt, ob es nicht doch sinnvoll sein könnte, zumindest eine teilweise Kapitaldeckung anzustreben, um einen Sparprozess und vor allem einen Zinseszinsprozess auszulösen. Die nachwachsende Generation trage auf immer weniger Schultern die Last für immer mehr Pflegebedürftige, das heißt, das Umlageverfahren komme über kurz oder lang an seine Grenzen. *Oliver Blatt* meinte, dass eine Abkehr vom Umlagesystem zu einer Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft führen könne. Er könne sich aber durchaus eine Mischform vorstellen.

Auf Nachfrage aus dem Publikum unterstrich *Nico Stroech*, dass das Engagement in der Pflege durchaus bereichernd sei und Lebensfreude bereiten könne. Es sei nicht alles Stress – aber die Herausforderungen seien gewaltig.

Die Veranstaltung schloss mit der Erkenntnis, dass das Problem der Finanzierung und der Versorgung mit ausreichend Pflegekräften keinesfalls gelöst ist. Viele Fragen sind offen. Letztlich zeigte die Diskussion, dass die deutsche Gesellschaft auf die strukturelle Überalterung bei gleichzeitiger längerer Lebenserwartung weder vorbereitet noch strategisch angemessen eingestellt ist. Vieles deutet darauf hin, dass sich die Gesellschaft neu aufstellen muss. Möglicherweise müssen starre Altersgrenzen überwunden werden, sodass Anreize für lebenslanges Lernen und Arbeiten entstehen. Möglicherweise muss der Schulterschluss mit immer jünger werdenden Gesellschaften gesucht werden, etwa in Indonesien oder Malaysia. Auf diese Weise könnten jüngere Gesellschaften mit Überalternden eine Sozialversicherungsgemeinschaft bilden und gegenseitig voneinander profitieren. Das Zuwanderungsrecht muss grundlegend überarbeitet werden. Die Möglichkeit die Pflege auch im Ausland in Anspruch zu nehmen muss sicherlich durchdacht und eröffnet werden. Die Öffnung des Betriebsrentengesetzes für die betriebliche Pflegezusatzversicherung müsste auf die Tagesordnung kommen und die Pflegeversicherung ab Geburt sollte unbedingt für die zukünftigen Generationen diskutiert und durchgesetzt werden, denn damit wäre das Problem ein für alle Mal gelöst.